

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal MR. 3

Erscheint jeden Donnerstag
Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr

Abonnementspreis pro dreigepaltene Zeitzeile MR. 1, für die Zählstellen 30 Pf.

In die Verbandsmitglieder.

Kollegen und Kolleginnen! Durchbar ernsten Zeiten steht die Arbeiterbewegung gegenüber. Drängend ballen sich die Wollen um politischen Horizont zusammen. Es ist noch nicht abzusehen, was die kommenden Tage bringen werden. Mag kommen, was da kommen mag: wir müssen nur einig bleiben! Es darf unter den Beschäftigten im Bäcker- und Konditorgewerbe und in der Süßwarenindustrie keine Meinungsverschiedenheit geben. Durchdrungen von dem hohen Gedanken, daß es uns dann möglich sein wird, unser Verbandsboot sicher durch den Sturm sternen zu können, werden wir alles für unseren Verband eintunzen. Er ist unsere einzige Stütze, um in Not und Gefahr Weib und Kind zu schützen. Er ist die einzige Schutzhüg zur Sicherung der Lebensexistenz.

Daher an alle der dringende Mahnun: Bezwahrt die Geschlossenheit dadurch, daß Ihr den Anordnungen des Verbandsvorstandes und aller berufenen Verbandsfunktionäre Folge leistet. Den Beschlüssen nach Rechnung getragen werden. Einheit im geschlossenen Handeln sichert das Organisationsgeschüge und die Bereitschaft für die Zukunft. Und eine starke Organisation brauchen wir mehr als je.

Es ist uns gelungen, in diesen vier harten Jahren Eure gewerkschaftliche Organisation aufrecht und kampffähig zu erhalten. Das war aber nur möglich durch Eure aufopferungsvolle Mitarbeit. Wir haben, wie an anderer Stelle des Verbandsorgans zu erscheinen ist, bei allen Unternehmensorganisationen im Bäcker-, Konditor-gewerbe und der Süßwarenindustrie beantragt, daß die von uns aufgestellten Grundsätze in allen Betrieben durchgeführt werden, um die Wiedereinstellung aller aus dem Heeresdienst entlassenen Berufsangehörigen zu ermöglichen. Dadurch wollen wir alles erreichen, daß unser aus dem Felde zurückkehrenden Kameraden und ihren Familien der Lebensunterhalt gesichert wird. Wir wollen verhindern, daß sie nach erfüllter Pflicht für das Vaterland dem Hunger preisgegeben werden.

Zur erfolgreichen Durchführung dieser bedeutenden Aktion ist aber die Geschlossenheit der Organisation unabdingt notwendig und eines jeden Pflicht, davon mitzuholen.

Kollegen und Kolleginnen! Zeigt Euch in dieser ernsten Zeit als überzeugte Bewerbschalter und führt alle Berufsangehörigen der Organisation als Mitglieder zu! Jeder einzelne hat hier mitzuwirken — keiner darf sich von dieser notwendigen Werkearbeit ausschließen!

Der Verbandsvorstand.

Revolution!

W. Sie ist da, die deutsche soziale Revolution, sie marschiert, sie ist auf dem Wege zu ihrem Ziele! Beginnend mit der Demokratisierung der Regierung in den ersten Tagen des Oktober, deren stärkstes Kennzeichen nach außen darin lag, daß die Mehrheitsparteien des Reichstages die Zügel ergriffen und auch eine Reihe von Sozialdemokraten in diese Regierung mit eintraten, ist sie trotz des Widerstandes der starken reaktionären Kräfte und trotz der großen Hemmungen, die der Umstand mit sich brachte, daß gerade jetzt die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit einem siegreichen und seine Vorteile ausnutzendem Gegner einzehen sollten, zum schnellen und vollen Durchbruch gekommen. Damit ist sie mit aus sich herauswachsender Kraft alle Schranken niedergeschlagen. Zuerst wurde der Reichskanzler dem Einfluß der Krone entzogen, seine Regierungstätigkeit vom Vertrauen des Reichstags abhängig gemacht und auch die Tätigkeit seines Stellvertreters und der Staatssekretäre der Kontrolle des Reichstags unterstellt. Vor allem wurde den militärischen Gewalten ihre unbeschränkte Macht genommen; sie sind der Zivilregierung unterstellt worden. Daß hier besondere Widerstände zu überwinden waren, daß diese Gewalten sich zuerst mit südländische Art befaf, sie entziehen ließen — darüber wundert sich sicher derjenige nicht, der preußisch-deutschen Militarismus überhaupt gelernt hat. Auch die gründliche Umwandlung aller sich der neuen Zeit nicht anpassen wollenden Verwaltungsbahörden war eine Aufgabe, zu der zunächst nur gründliche Vorbereitung getroffen werden konnte. Ein besonders sichtbares Fehl des festen Willens, ohne Bezug der Herrschaft der breiten Volksmassen Raum zu schaffen, war, daß in Preußen schlemigst das allgemeine und gleiche Wahlrecht für den Landtag sichergestellt wurde. Aber obgleich, gemessen an früheren politischen Fortschritten, die Ereignisse sich im schnellsten Laufe abwickelten, ein Verlangen der breiten Volksmassen, daß der Abdankung Wilhelm II., schein sich nicht verwirklichen zu wollen. Sie wurde schließlich ausdrücklich von den in der Regierung sitzenden Sozialdemokraten gefordert, weil in Wilhelm II. ein sarkastisches Hindernis gedeihlicher Verhandlungen mit den siegreichen Verbündeten gesehen werden mußte, da er als der bisherige Repräsentant der unheilvollen Idee eines deutschen Gewaltfriedens galt. Doch der Kaiser war aus Berlin verschwunden und saß im Hauptquartier, vielleicht hoffend, daß von dort aus sich sein Schicksal nochmals wenden könnte. Da setzte Anfang November eine färmliche Entwicklung der Dinge ein. In der Befürchtung, zu neuen kriegerischen Maßnahmen zur See verwendet werden zu sollen und dadurch zu einer Verlängerung des Krieges beizutragen, revoltierten die Marinemannschaften in Kiel, und sie rissen mit Unterstützung der Arbeiterschaft binnen wenigen Stunden dort die volle militärische und zivile Gewalt an sich. Sie setzten Arbeiter- und Soldatenräte ein, die nunmehr die Neugestaltung des politischen Lebens in die Hände nahmen. Nun gab es kein Halten mehr! Mit lühnem Mut folgten zunächst andere Marineorte dem Beispiel Kiels, und die revolutionäre Bewegung verzog sich weiter über die Hafenstädte Hamburg, Bremen, Lübeck in kaum 8 Tagen über fast ganz Deutschland fort. In Bayern gab München das Signal. Dort wurde sofort eine neue Volksregierung gebildet und die Republik ausgerufen. In den letzten Tagen der vergangenen Woche entschloß sich auch in Berlin das Schicksal zugunsten des Volkes; Württemberg folgte mit der Proklamierung der Republik. Nun gab es für Wilhelm II. und den Kronprinzen keine andere Wahl als abzudanken. Auch der Reichskanzler Prinz Max legte sein Amt nieder, und an seine Stelle trat der Sozialdemokrat Ebert. Über die endgültige Bildung der neuen Regierung wurde kurz vor Redaktionsschluß berichtet, daß ein rein

In unsere im Militärdienst stehenden Kollegen und in die Zahlstellenverwaltung!

Nach § 9 unseres Verbandsstatuts treten zum Militär eingezogene Mitglieder ohne weiteres in ihr früheres Verhältnis der Mitgliedschaft und der Unterstützungsrechte wieder ein, wenn sie sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Entlassung vom Militär wieder bei einer Zahlstelle oder dem Verbandsvorstand zum Verbande anmelden und von da an ihrer Beitragspflicht genügen.

In Anbetracht der jetzt höchst recht bald eintretenden Entlassung anderer Mitglieder aus dem Militärdienst erinnern wir letztere an diese Bestimmung und lassen ihnen hiermit die Rührung zugehen:

Meldet Euch sofort bei Eurer Entlassung entweder bei der Zahlstellenverwaltung, die für Euch zuletzt zuständig war, oder wenn Ihr nach einem andern Orte entlassen worden seid und voransichtlich nicht binnen kurzem noch Eurer früheren Heimat zurückkehrt, bei der nächst erreichbaren Zahlstelle respektive bei dem Verbandsvorstand in Hamburg! Ihr werdet dann durch die Zahlstellenverwaltungen oder sonstigen Funktionäre der Organisation schnellsteins in die Reihen der Mitglieder neu eingeordnet und seid sofort wieder im Besitz Eurer alten Rechte! Die Verbandsfunktionäre sind hiermit angewiesen, Euch in weitestgehender Weise mit Rat an die Hand zu gehen und zu unterstützen und Euch den Übergang ins bürgerliche Leben zu erleichtern. Aber, Kollegen! Wir sagen es Euch in Eurem eigenen Interesse mit allem Nachdruck: Ihr sollt und müßt es als Eure heilige Pflicht fühlen, Euch wirklich ohne Bezug wieder der Organisation zur Verfügung zu stellen; denn sie braucht alle Kräfte, wenn sie ihren großen Aufgaben gewachsen sein soll! Verständigt deshalb keinen Augenblick, sondern jetzt Euch womöglich sofort mit Eurer Zahlstelle in Verbindung. Haltet auch die Euch bekannten Kollegen an, sei es in den Front- oder in Heimatformationen, sei es in den Stäppen oder auf sonstigen Kommandos, das gleiche zu tun und sich ebenfalls der Organisation sofort wieder anzuschließen! Ihr habt jetzt die große Aufgabe, das Arbeiterheer neu anzubauen, es schlagartig zu machen für den Kampf um Eure wahren Interessen als Arbeiter, zu dem Kampfe gegen Ausbeutung, zu dem Kampfe für Eure wirtschaftliche und politische Freiheit! Hinein wieder in unsere Reihen!

sozialistisches Ministerium aus Vertretern der alten Partei und den Unabhängigen gebildet worden ist.

Eines der wichtigsten und erhebendsten Ereignisse der ganzen Bewegung ist für uns, daß in ihr die Einheit der ganzen Arbeiterbewegung wieder Bahn zu brechen scheint. Wir begleiten dies auf das Lebhafteste; denn es gibt uns erst die Gewähr des schnellen und guten Erfolges der Revolution. Sie braucht alle Kräfte des wirklichen Volkes, wenn sie zu einem guten und sicheren Ende geführt werden soll.

Wohl wurde gewissermaßen im Fluge und ohne allzu schwere Opfer die Demobilisierung Deutschlands durchgeführt oder doch wenigstens fundiert. Die Sozialisierung jedoch ist nicht im Fluge durchzuführen. Ihr müssen und können vorläufig und in langer organisatorischer Arbeit die Wege geebnet werden. Dazu bedarf es aller vorhandenen Kräfte, dazu bedarf es auch noch der Gewinnung neuer. Hieran muß in Wirklichkeit die Mehrheit des ganzen Volkes mitwirken. Dies vorzubereiten ist aber die große Aufgabe des Proletariats, die seiner noch hatten. Hierzu muß es gelingt sein! Es gilt nicht nur, in Deutschland die bisherigen Errungenchaften aufrechtzuerhalten und zu vertiefen — was bisher geschehen ist, war eben nur ein glücklicher Anfang —, es gilt, der Volkherrschaft auch in andern Ländern den Boden zu bereiten, wenn die Folgen der deutschen Revolution dauernd Bestand haben sollen. Deutschland würde dann auch unter den Folgen des Krieges sicher weniger zu leiden haben, sich schnell wieder aufrichten können, wenn in den heute feindlichen Ländern das Volk selbst und nicht die imperialistischen Regierungen noch die Gewalt in Händen hätten. Wessen diese Regierungen fähig sind, ist aus den Waffenstillstandsbedingungen zu erschließen, die nun bekanntgegeben wurden.

Wir betrachten es deshalb als ein Verbrechen an der Revolution selbst, wenn heute, wie es leider hier und da noch der Fall zu sein scheint, eigenmögliche Charakter die Exekution nicht begraben und die mühvolle Erneuerung der proletarischen Brüderparteien weiter aufzuhalten wollen. Das deutsche Proletariat muss nun endlich sein Geschäft auf der ganzen Linie wieder gemeinsam in die Hand nehmen!

Kohle Maßnahmen zur Wiedereinführung aller im Heeresdienst stehenden Berufsangehörigen.

Zu den Mitteilungen in der Presse kann nicht mehr auf die Durchführung der Forderungen von den Militärbehörden ausgerichteter Pflöne bei der Demobilisation verzichtet werden. Die Seiten haben sich so überzeugt, dass trotzdem schon mit einer geregelten Abschlusserziehung und zwar im Gezeitpunkt feststehenden Berufsangehörigen gerechnet werden muss. Zu dieser Frage hat der Versandsvorstand eine Sitzung genommen und beschlossen. Entsprechend aufzuteilen, die in allen Betrieben in Aussicht gebracht werden sollen, um die Einführung aller aus dem Heeresdienst in das eingerichtete Leben zurückkehrenden Berufsangehörigen zu ermöglichen.

Bei der heutigen bestehenden Arbeitszeit und dem Mangel an Rohstoffen ist das nicht ohne weiteres möglich. Ein leichter Punkt unter Ausgangspunkt auf die Förderung der Wiedereinführung einer arbeitsfähigen Arbeitsschicht in allen Betrieben, insbesondere auf die Einstellung der Sonntags- und der Nacharbeit und auf die Aussichtnahme der Nebenarbeiten. Weiter auf ein Verbot der Einschaltung von Lehrern und jugendlichen Arbeitern und Arbeitertinnen unter 16 Jahren. Sollte bei der wiederaufgebauten Arbeitsschicht noch nicht die Wiedereinführung aller exzessiven Lohnen so in eine noch längere Periode festgelegt werden, dass Lohn nicht über in der bisherigen Weise bestehen bleibt, wo er nicht entsprechend zum Effizienzminimum für den Organisationsverband verändert werden soll.

Bis das Interesse des Landes zu seinen Zielen herstellen wird, müssen wir heute noch nicht. Wenn es jedoch den Sinn der Zeit begriffen hat, dann wird es diese Grundsätze annehmen und wird auch keinen Teil dazu beitreten, um die fürchterlichen Gefahren der einbrechenden Betriebsauslastung abzuwenden. Daraus einzurückschließen, ist unserer Meinung nach falsch.

Der Erfolg auf die sofortige Wiedereinführung hoffen die aus dem Heeresdienst entlassenen Berufsangehörigen mit großer Hoffnung zu erhalten. Das ist kein unbilliges und unzweckmäßiges Verlangen. Sie wollen nach den langen mit unzureichendem Leben gefüllten Jahren wieder die früheren Fähigkeiten wiederherstellen, erneut arbeiten und einen neuen Wiederaufbau mitführen. Diese Hoffnungen reichen bis über uns hinaus, wenn alle sofort nach Beendigung des Dienstes sofort wieder ihre vorher bestehende Stelle einzunehmen können. Daraum unterstreichen wir an die zuständigen Vertretungen der Arbeitsschicht der Betriebe und den Betriebsräten sowie den Betriebsaufsichtsräten die Forderung, dass die Berufsangehörigen, die aus dem Heeresdienst ausgeschieden waren, auf dem Berufsweg fortsetzen können, rückwärts und fortlaufend fortzuführen.

Grundlage zur geordneten Durchführung der Gliederung und Aussortierung der aus dem Heeresdienst stehenden Berufsangehörigen.

1. Überster Grund ist für diesen Arbeitstag soll ein großer, aus Arbeitslosen zusammengesetzter Rat, der am 1. August 1918 eingesetzt wird.

2. Um bei der jetzigen bestehenden Zustand die Wiedereinführung zu ermöglichen, muss bis auf weiteres in allen Betrieben ein Sitzungskomitee auf dem Beratungsstandort bestehen, das folgende Tätigkeiten ausüben soll:

Das Alte stürzt! Neues Leben

kann nur durch die Organisationen aufgebaut werden! Hinein in die gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisationen!

3. Es werden wöchentlich sechs Arbeitsschichten geleistet. An den Sonntagen und bei Nacht wird nicht gearbeitet. Nebenstunden werden nicht gemacht. Bei Mehrarbeit sind Aushilfsstrafen einzustellen.

4. Die bestehenden Löhne dürfen nicht gefügt werden. Sie sind mit dem Centralverband der Bäder und Konditorei so zu regeln, dass das Minimum zum Leben geholmt wird.

5. Lehrlinge dürfen bis auf weiteres nicht mehr eingestellt werden für die Schuhwarenindustrie. Jugendliche Arbeiter und Arbeitertinnen dürfen bis auf weiteres nicht beschäftigt werden, um zu erreichen, dass möglichst alle Berufsangehörigen, die vom Heeresdienst entlassen sind, wieder in Arbeit genommen werden können.

6. Diese Grundsätze haben so lange Gültigkeit, bis wieder normale Verhältnisse eingetreten sind. Neben Ausbildung und eventuelle Veränderungen dieser Vorschriften beschließen nur die unterzeichneten Vereinigungen.

7. Zur Überwachung und Durchführung der Vorschriften werden neben den betriebsführenden Organisationen alle ihre Zweigstellen beauftragt und ihnen Vollmacht erteilt.

Lohnbewegung in Hirschberg.

Der Schlüpfungsversuch, den unsere Kollegen nach dem vorgebliebenen Versuch, mit der Räumung zu einem Tarifvertrag zu kommen, angerufen hatten, beauftragte am 24. September die beiden bestehenden Parteien, nochmals zu versuchen, zu einer Vereinbarung zu kommen.

Dieser Versuch wurde, nachdem am 8. Oktober Kollege Schmid vergleichbar dort war, am 16. Oktober unterzogen. Er sah leider fehl.

Die drei Parteien waren in gemeinsamer Versammlung anwesend. Schmid legte ihnen in längeren Ausführungen seinen Standpunkt klar, bestreit, dass es im Interesse des Gewerbelebens gelegen sei, zu einem Tarifvertrag zu kommen, das beiden Parteien gerecht werde.

Die beiden Gewerbevereine, Schuh- und Konditorei, Zimmeckeberg, erklärten im Namen ihrer Gründungen, dass sie gegen den Abdruck eines bindenden Vertrages seien, ebenso sie den Lohn beachten wollten, sich aber vorbehalten wollen, die Schuhfabrik nach Leistung der Entscheidung des Kreises zu nocken, um einen Tarifvertrag zu geben. Warnowmann erklärte, dass er sich beim Tarifvertrag seiner Ansicht annehmen müsse, aber persönlich fordert, dass Lohn als auch die absolute Betriebsstrafe als durchführbar betrachte. Einzelne Freiheiten werden noch gegen den Tarif. Der Blaustricker Schmid griff den Gewerbeverein beide in recht unidner Weise an, die die Gewerbevereine geradezu peinlich berührte, welchem Gefühl auch Schmid schuldig war.

Nachdem diese Verhandlung erfolglos verlaufen war, zog am 29. Oktober der Schlüpfungsversuch von neuem zu einer zunächst gesetzten, einen Tarifvertrag zu führen. Dasselbe ist allen drei Parteien und dem Kollegen Schmid als Vertreter unserer Organisation im Vorortamt zugesehen.

Leider ist das bis zum Abdruck dieser Nummer noch nicht gegeben, weshalb wir den Preisfall erst nach deren Eingang veröffentlichten können. Der Schlüpfungsversuch besteht in dem Kollegen Schmid an das Preisstück erhöht worden, weil ja auch nun die weiteren Verhandlungen mit den Füllstoffberechen auf diesem Schiedsvertrag angebaut werden sollen und verfügt werden soll, diese zu einer Verhinderung einzulösen.

Es kann heute schon gefragt werden, dass der Schiedsvertrag den Verhältnissen entsprechend günstig ist, wenn auch andere Gründe nicht die erfüllt sind.

Der Mindestlohn beträgt in den drei Bezirksteilen A 46, B 42 und C 40. Für Frau und Kind können 40% zur Erweiterung gebraucht werden. Auch wegen der Sonntagsarbeit besteht hier der Schiedsvertrag prinzipiell, wenn er sie nach einer absolut befreit.

Zum zweiten Vermögenszettel, darf es überall vornehmst prüfen, nach alter Rücksicht, von der für manche Füllstoffe ebenfalls nicht freizunehmen vermögen, markiert auch bei uns die Freiheit.

Wenn unsere alten Kollegen aus dem Hause zurückkehren, dann werden diese auf der geschaffenen Grundlage weiterbauen können, washoffentlich recht bald geschieht.

Eine Eingabe unserer Brassart Zahlfelle,

betreffend Erhöhung der Arbeitsschicht in den Zahlfelle-, Fleisch- und Knochenabteilungen. Da wir die Konkurrenzverbindungen aufrechterhalten, werden Einfüllung vorigen Monats den zuvorigen Stellen, das heißt für verbrieferten Knochenabteilungen, übermittelt. In den Betrieben ist der große Umgang eingerichtet, die Arbeiterschaft auch das Rätsel erledigen zu lassen, und zwar lediglich zu dem Zwecke, die vorhergehenden Rohmaterialien möglichst schnell anzuarbeiten und dadurch die allgemeinen Betriebsfunktionen herabzulegen. Wenn nun die Rohstoffe vorrätig sind und weitere und nicht dieser bestellt werden können, werden die Betriebe sofort geschlossen und die Arbeiterschaft ist ohne Weiterzuhören vom Lohn auf die Räume gelöst. Sogen. Sitzung und keine Sitzungen der Betriebserichtung werden für die Sitzungen. Es heißt in 1917:

„Zu einer Reihe Betriebe haben konkrete Anträge in den letzten Wochen von Personen die erledigte Ar-

beiterschaft, Familienväter, Kriegerwitwen und Frauen, mit der Arbeit aussehen müssen, weil die Betriebe nicht mit Rohmaterial beliefert werden können. Es betrifft dies, um einige Betriebe namhaft zu machen, die Betriebe Hörmann in Misten, Schneider, Löffelstraße, Hanwald und Richter, Nadebeul, und vielleicht auch noch andere, nicht bekannte Betriebe. Diese Stilllegung der Betriebe hat sehr viel Verbitterung unter der Arbeiterschaft verursacht infolge der wirtschaftlichen Schädigungen, die sie für die Arbeiterschaft mit sich gebracht hat. Die unterzeichnete Organisation hat im Laufe der letzten zwei Monate an diese Arbeitslosen mehrere tausend Mark an Unterstützungen gezahlt, eine Summe, wie sie seit Kriegsbeginn noch nicht wieder zur Ausszahlung an einen einzelnen Zweig unseres Berufes gekommen ist. Die Unternehmer haben im Gegensatz zu früher diesmal keine fortlaufenden Löhnne gezahlt. Empörung hat diese Tatsache deswegen in die Arbeiterschaft getragen, und sie im verlorenen Winterhalbjahr in Nach- und Tagarbeit sich hat arbeiten müssen und zum Überfluss noch mit Nebenstunden belastet worden ist, die bei den Ernährungsverhältnissen in jeder Hinsicht schädlich wirken müssen, was auch in einer bedenklich erhöhten Krankheitsziffer der Arbeitslosen zum Ausdruck gekommen ist.

Die schädigenden Zustände für die Arbeiterschaft können nach unserm Dauerkalender leicht vermieden werden, wenn seitens der Kommunalverbände, als Auftraggeber der Betriebe, dahin gewirkt wird, dass die zugewiesenen Rohmaterialien so übertragen werden, dass die Betriebe gewungen wären, sie hinsichtlich der Verarbeitung auf die ganze Zeit bis zur neuen Saison einzuteilen. Das Personal würde dannständig beschäftigt werden können. Zweitmöglichkeit müsste auch ein Verbot der Nachtarbeit für diese Betriebe erlassen werden.

Aus fachmännisch erfahrenem Mund wurde uns die Mitteilung, dass diese in der letzten Periode im letzten Jahre gelebte Arbeitsschicht in den Betrieben lediglich aus dem Grunde geführt worden ist, um Neukosten zu sparen. Wir sind der Ansicht, dass das kein Grund sein kann, die Schädigungen der Arbeiterschaft gutzuheißen.

Schon jetzt soll in einzelnen Betrieben die Nachtarbeit wieder beginnen, als Beweis dient uns die Tatsache, dass einzelne Betriebe bereits wieder Arbeitsträfe für Nachtarbeit vom Arbeitsnachweis der unterzeichneten Gewerkschaft angefordert haben. Mit der Belebung der benannten Nebenstände ist auch eine Entlastung der kommunalen Unterstützungen verbunden, da bekanntlich Arbeitsschicht aus städtischen Mitteln unterstellt werden müssen. Endemit wir um Bekämpfung der benannten Nebenstände einzutreten und auf eine entsprechende Antwort auf beide Sitzungen ergebnhaft zu warten, zeitigen

Ergebnist

Centralverband der Bäder und Konditorei, Bergmannsgesellschaft Dresden.

Zur Sitzung ist eine Antwort auf diese Eingabe leider noch nicht erfolgt. Wir sind aber der Überzeugung, dass unsere Brüder zahlreich zur ganzen Angelegenheit noch die gewünschten Ergebnisse erzielen wird. Ihr Verlänger noch einer regelmäßigeren Einteilung der Produktion ist nur zu gerechtfertigen, als dass es nicht erfüllt werden müsste.

Aus den Geschäftsbüchern der Schuhwarenindustrie.

Zum Laufe der letzten Monate ist in der Fachpresse noch eine Anzahl von Berichten über die Geschäftsergebnisse der Großbetriebe in der Schuhwarenindustrie erschienen, von denen wir einige der wichtigsten aufzählen wollen.

Alquier & Co. A.-G., Gaußbach-Leipzig, verfügte eine Dividende von 8 p.ß. (im Vorjahr 16 p.ß.). Der Gewinnwinn betrug M 268 499. Abschreibungen wurden in Höhe von M 114 525 vorgenommen.

Adolf Engelhardt für automatische Verarbeitung, Hamburg (Kant-Wittenberg), bezog eine Dividende von 8 p.ß. (im Vorjahr 16 p.ß.). Der Gewinnwinn betrug M 361 992. Abschreibungen erfolgten in Höhe von M 114 525.

Sattwig & Vogel A.-G., Dresden, legte die jährlich auszahlbare Dividende auf 10 p.ß. fest. In der Generalversammlung war ein Aktienkapital von M 4 713 000 beschlossen. Der verfügbare Gewinn betrug M 977 687.

Sattig & Scholz- und Fabriksindustrie A.-G. in Berlin brachte die Dividende auf 10 p.ß. fest. In der Generalversammlung war ein Aktienkapital von M 4 713 000 beschlossen. Der verfügbare Gewinn betrug M 977 687.

Sattig & Vogel A.-G., Dresden, legte die jährlich auszahlbare Dividende auf 10 p.ß. fest. In der Generalversammlung war ein Aktienkapital von M 4 713 000 beschlossen. Der verfügbare Gewinn betrug M 977 687.

Sattig & Vogel A.-G., Dresden, legte die jährlich auszahlbare Dividende auf 10 p.ß. fest. In der Generalversammlung war ein Aktienkapital von M 4 713 000 beschlossen. Der verfügbare Gewinn betrug M 977 687.

Sattig & Vogel A.-G., Dresden, legte die jährlich auszahlbare Dividende auf 10 p.ß. fest. In der Generalversammlung war ein Aktienkapital von M 4 713 000 beschlossen. Der verfügbare Gewinn betrug M 977 687.

Sattig & Vogel A.-G., Dresden, legte die jährlich auszahlbare Dividende auf 10 p.ß. fest. In der Generalversammlung war ein Aktienkapital von M 4 713 000 beschlossen. Der verfügbare Gewinn betrug M 977 687.

Sattig & Vogel A.-G., Dresden, legte die jährlich auszahlbare Dividende auf 10 p.ß. fest. In der Generalversammlung war ein Aktienkapital von M 4 713 000 beschlossen. Der verfügbare Gewinn betrug M 977 687.

Sattig & Vogel A.-G., Dresden, legte die jährlich auszahlbare Dividende auf 10 p.ß. fest. In der Generalversammlung war ein Aktienkapital von M 4 713 000 beschlossen. Der verfügbare Gewinn betrug M 977 687.

sichten. Auch unsere bereits im letzten Geschäftsbericht erwähnte neue Abteilung war gut beschäftigt, so daß wiederum ein günstiges Gesamtergebnis erzielt werden konnte.

Das laufende Geschäftsjahr hat sich insfern gut angeschlossen, als die ersten Monate befriedigende Umsätze gebracht haben und auch noch für einige Zeit Beschäftigung gesichert ist.

Gebäuder Hörmann A.-G., Dresden, kommt die sofort auszahlbare Dividende auf 12 p. M. festzusetzen. Der Bruttonetto beträgt M 255.673. Abschreibungen wurden zwar noch vorgenommen in Höhe von M 19.181. Auch in diesem Unternehmen sind die Maschinen, die Waschmaschinen und Waschgeräte, der Küchenparc, das Fabrikatelier und das Kontoratelier bereits auf je M 1 abgeschrieben worden.

Die angeführten Betriebe haben demnach alle ohne Ausnahme auch im letzten Geschäftsjahr noch recht gut abgeschnitten, trotz der unterbundenen Zufuhr von Rohstoffen, trotz der Stockungen in der Rückerholung und trotz der natürlich immer höher gewordenen allgemeinen Produktionskosten. Die enormen Verkaufspreise haben dies alles mehr als ausgeglichen. Nur die Arbeiterschaft dieser Betriebe, die gegenwärtig zu 95 vom Hundert wirtschaftlich Geschlechts ist, steht hinsichtlich ihres Lohnes noch immer weit hinter der Arbeiterschaft vieler anderer Industrien zurück. Beider muß immer wieder gesagt werden: Nur aus eigener Schuld Sie unterliegt es noch immer, sich in Massen ihrer zuständigen Organisation, dem Zentralverband der Bäder und Konditoreien Deutschlands, anzuschließen, und muß sich deshalb zumeist mit den Löhnen abfinden, die die Unternehmer unter dem Druck der allgemeinen Verhältnisse gerade zu zahlen für angebracht finden. Den geringen Beschäftigungsgrad scheint die Kollegenschaft der Süßwarenindustrie davon abzuhalten, energischer für die eigenen Interessen einzutreten. Mit Unrecht! Wenn die Betriebe auch nur in beschränktem Umfang arbeiten, so ist in der gegenwärtigen Zeit aber auch jeder Betrieb bestrebt, vorhandene Materialien ohne Verzug auszuarbeiten. Und Erfas für die Arbeiterschaft ist auch nur schwer zu beschaffen. Deshalb sollte überall, wo die Löhne den Beizverhältnissen noch nicht entsprechen, unverzüglich von der Arbeiterschaft Verbindung mit der Gewerkschaft gesucht werden, damit Lohnforderungen gestellt werden können!

Der Lebensmittelmarkt in der Übergangszeit.

Bis zum Ausbruch des Weltkrieges wurde bei uns in Deutschland ausschließlich Produzenten- und Händlerpolitik getrieben. Produzenten und Händler beherrschten den Lebensmittelmarkt, die Konsumenten wurden in die Falle gefüllt. Es kam vor allen Dingen darauf an, daß die Bevölkerungskräfte, die Lebensmittel erzeugen oder verarbeiten und die mit ihnen handelten, gute Preise erzielen und hohe Gewinne einheimischen; ob die Verbraucher auch instande waren, diese Preise bezahlen zu können, daran klammerte man sich nicht. Bei allen staatlichen Maßnahmen wurde das Interesse der erwerbstätigen Sektoren in den Hintergrund gedrängt; die Agrarier wurden durch die Polizei, die Händler durch die Steuerpolitik in ihrem Erwerb geschwächt, wenn eben die Verbraucher durch genossenschaftliche Organisationen versuchten, sich aus dem Hoch der Produzenten und Händler zu befreien, so wurde ihnen dies Bestreben durch eine zielbewußte Mittelpolitik nach Möglichkeit erschwert.

Diese Politik hat sich schwer getötzt; denn als der Krieg ausbrach und Deutschland vom Weltmarkt abgesperrt wurde, entwickelten sich auf dem Lebensmittelmarkt ganz unbeherrschbare Zustände, trotzdem von einer Knappheit an Lebensmitteln damals noch gar keine Rede sein konnte. Produzenten und Händler nutzten die Angst des laufenden Publikums in rücksichtsloser Weise aus, und die Warenpreise schütteten riesig in die Höhe. Jetzt haben sich die Regierungen固然 zum Schutz der Konsumenten einzutragen, um das Durchsetzen der Interessen zu ermöglichen. Durch Beleidigung der Einflusszölle auf Lebensmittel, durch Begrenzung der Zufuhr aus dem neutralen Auslande, durch Reaktionierung der notwendigen Lebensmittel und durch Festsetzung von Höchstpreisen, durch Beleidigung der verschiedenen Waren sowie andere behördliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben sollte der Gewerbetreib der Produzenten und Händler ein Riegel angelegt werden. Die zwangsläufige Kriegswirtschaft wurde geschaffen aus der Erfahrung heraus, es sei nicht nötig, daß die Produzenten und Händler viel Geld verdienen; aber es sei unbedingt notwendig, daß die Verbraucher nicht von den unentbehrlichen Lebensmitteln entblößt würden.

Wie wenig allerdings dieser Gedanke verwirklicht worden ist, weiß heutzutage jedes Kind. Es ist gerade ungewohnt gelöst in einem Händler und Produzenten verbündeten ungeheures Geld, und die ökonomische Leidenschaften am dem Nötigsten. Das ist eine traurige, aber wahre Tatsache. Derten Ursachen und Folgen wir hier nicht erörtern wollen, weil darüber schon unendlich viel geschrieben worden ist; es ist eine Tatsache, mit der wir vorläufig auch weiter reden müssen, weil eine wesentliche Besserung der augenblicklichen Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt ausgeschlossen erscheint. Schon allein aus diesem Grunde schmücken die Volksmassen das heilige Ende des Krieges herbei; denn sie hoffen, daß ihnen der Friede eine Besserung ihrer Lebenslage bringen wird. Wie weit diese Hoffnung berechtigt ist und wie sich die Aussichten der Verbraucher, und zwar vorwiegend die der Arbeiterschaften in den Städten und Industriebauten, gestalten werden, ist zweifellos einer gründlichen Erörterung wert. Die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt in der Übergangszeit nach dem Kriege werden einen entscheidenden Einfluß auf die Gesundheit, die Arbeitskraft und die Leistungsfähigkeit unseres Volkes ausüben, und es verlohnt sich deshalb wohl, einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Die Frage, wie lange die Übergangszeit dauern wird, läuft sich natürlich nicht beantworten, doch steht fortwährend länger der Krieg deutet und je länger er sein wird, unsere früheren Handelsbeziehungen zum Auslande wieder anzugreifen, deshalb länger wird es dauern, ehe unsrer erg

zerstörtes Wirtschaftsleben wieder in normale Bahnen zurückgeschritten sein wird. Zweifellos wird unser Lebensmittelmarkt zunächst noch auf längere Zeit hinaus sein bis herigen Aussichten behalten. Die Knappheit an Lebensmitteln wird vorläufig bleiben, und die hohen Preise werden ebenfalls bleiben. Trotzdem die Feindseligkeiten an den Grenzen eingestellt werden, wird die feindliche Gefürstung unserer Gegner nicht zugleich verschwinden, wodurch natürlich die Zufuhr von Lebensmitteln verlangsamt wird. Hinzu kommt noch, daß in allen Ländern eine große Knappheit an Lebensmitteln herrscht, weil infolge der kriegerischen Ereignisse bedeutend weniger erzeugt worden ist. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß im Auslande noch massenhafte Vorräte liegen, die bei Kriegsende sofort auf den Weltmarkt geworfen würden, mögen hier und da in den vom Kriege verschonten Ländern auch noch Rohstoffe vorhanden sein, die auf den Märkten waren. Lebensmittel gibt es sicherlich nur noch in sehr geringen Mengen. Budein ist der Transport infolge der außerordentlichen Verluste an Schiffen und Eisenbahnenmaterial ungemein erschwert, und die Transportkosten sind hoch, und außerdem wird es auch nicht ganz so leicht sein, wie manche Menschen glauben, unsere früheren Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen. Wir werden also auch nach Kriegsende unter dem Mangel an Nahrungsmitteln zu leiden haben. Getreide, Fleisch, Fett, Hülsenfrüchte usw. werden nach wie vor knapp und teuer sein, weil auch unser einheimischer Bedarf durch die Einschränkungen des Krieges sehr vermindert worden ist. Die Aussichten der Verbraucher in der Übergangszeit sind also nicht allzu rosig, und wir tun gut, uns nicht der Zuversicht hinzugeben, es werde mit Friedensschluß alles wieder so sein wie früher.

Selbstverständlich hat der Staat die Pflicht, alle seine Übergangszeit, deren unabwendbare Entbehrungen wir auf Verbrauchermassen erträglicher zu gestalten. Es ist dringend erforderlich, daß möglichst viel Lebensmittel beschafft und daß sie zu erträglichen Preisen und in ordnungsgemäßer Weise verteilt werden. Ohne ein tatkräftiges Eingreifen des Staates in unser Wirtschaftsleben erscheint dies aber ausgesetzt. Daher müssen die mächtigen des Krieges geschaffenen behördlichen Organisationen bis auf weiteres bestehen bleiben, wobei es natürlich nicht schaden könnte, wenn sie mehr als bisher ohne engherzigem Bürokratismus und kleinlichem Schematismus mit Verständnis, Geduld und Tatkraft ans Werk gingen. Ihre Hauptaufgabe wird sein, die Lebensmittelzufuhr vom Auslande und die Lebensmittelversorgung im Innern zu fördern und die Verteilung zu überwachen, damit verhindert wird, daß Händler und Produzenten Ringen bilden, um die Preise in die Höhe zu treiben und die Konsumenten wie bisher zu schröpfen. Nur so ist die Möglichkeit gegeben, der zunehmenden Massenversorgung Einhalt zu tun. In diesem Beitreiben darf sich der Staat auch nicht berufen lassen durch das Gesetz der interessierten Kreise, die schon jetzt eine Beseitigung der kriegswirtschaftlichen Eigentümlichkeiten und eine Wiederherstellung der kapitalistischen Kaufmarktreihten fordern. Die Verbraucher aber müssen sich bauen, aus Macht über die Mängel unserer Kriegswirtschaft in diese Gesetze einzustimmen.

Glücklicherweise ist die Übergangszeit eben nur eine Übergangszeit, deren unabwendbare Entbehrungen wir auf uns nehmen in der festen Überzeugung, daß diese schwere Zeit einmal zu Ende gehen und daß dann eine neue Zeitepoche kommen wird. Aber wir werden das Ungemach um so leichter tragen, je deutlicher wir eine Besserung der Verhältnisse fühlen und sehen, und je mehr wir die Überzeugung gewinnen, daß der Staat mit Ernst und Eifer darauf bedacht ist, die Verbrauchermaßen gegen die Habgier der Produzenten und Händler und gegen die Fassiger der zielbewußten Politikreie zu schützen.

Der Arbeitsmarkt.

Auch im fünfzehnten Kriegsmonat ist eine wesentliche Verschärfung der wirtschaftlichen Lage nicht zu bemerken. Bergbau, Eisen- und Metallindustrie, elektrische und chemische Industrie waren unverändert gut beschäftigt; das Gleiche trifft noch wie vor für die Baumwollspinnereien und -webereien zu; auf dem Baumarkt standen noch immer kriegswichtige Posten im Verderbgrund, während die private Handlungsfreiheit Glas-, Porzellan- und Keramikindustrie, Papier- und Buchdruckerei weisen günstigen Geschäftsgang auf.

Einzelne Abschwächungen in bestimmten Industriezweigen standen Erleichterungen des Beschäftigungsgrades gegenüber, so daß sich zum Monatsende ein gewisser Aufschwung zeigte. Nach der Krankenlazarettzeit hat die Zahl der Beschäftigten abgenommen; doch zeigt die Meßtafel, die für die Beurteilung der Entwicklung maßgebend ist, daß die Beschäftigungsziffer nur unwesentlich geringer ist als zu Beginn des Jahres.

Die Nachweisungen der Krankenlazarettzeit lassen für die am 1. Oktober in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang des September eine Abnahme um 39.172 oder um 0,4 v. H. erkennen. Im Monat zuvor war die Beschäftigtenzahl um 89.660 gesunken. Am 1. November im Berichtsmonat sind beide Geschlechter beteiligt. Die Verminderung beträgt bei den Männern 16.435 oder 0,4 v. H., bei den Frauen 22.737 oder 0,5 v. H.

Von 37 Fachverbänden mit 1.260.118 Mitgliedern wurden für Ende September 8611 Arbeitslose gemeldet. Das sind 0,8 v. H. Die Verhältniszahl im Berichtsmonat betrug 0,7. Wegen des Vorjahrs trat keine Steigerung ein. Nach der Stellung der Arbeitsnachfrage ist die Verhältniszahl der Arbeitssuchenden weiter gesunken. Auf je 100 offene Stellen kamen im September 46 männliche Arbeitssuchende (gegen 48 im Berichtsmonat), beim weiblichen Geschlecht kamen auf 100 Stellen 73 Arbeitssuchende (gegen 79 im Berichtsmonat).

Die Berichter der Arbeitsnachfrageverbände über die Vermittlungsfähigkeit im September zeigten für Schlesien eine Verstärkung der Nachfrage nach Arbeitskräften; eine wesentliche Erweiterung erfährt die Beschäftigung auf dem weiblichen Arbeitsmarkt für Berlin, Provinz Brandenburg, Westpreußen und Sachsen. Die Thüringen und in Westfalen war ein vermehrter Andrang weiblicher Arbeitssuchender bemerkbar; in Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und in Sauerland fand eine Zunahme der Vermittlungsfähigkeit statt; in Hamburg und Schleswig-Holstein

trat dagegen ein Rückgang in der Nachfrage nach Arbeitsnachfrage ein. In den übrigen Gebieten ergab sich gegenüber dem Berichtsmonat keine wesentliche Veränderung.

Bei den Arbeitsnachfragen, die sich mit der Vermittlung von Bäder- und Konditoreien beschäftigen, wurden im September 1918 Arbeitsnachfrage gebucht, denen 1667 offene Stellen gegenüberstanden. Vermittelt wurden 1287 Stellen. Auf je 100 offene Stellen entfielen 107 Arbeitsnachsuchende gegen 100 im gleichen Monat des Vorjahrs und 112 im Berichtsmonat dieses Jahres. Danach hat sich die Lage gegen den Berichtsmonat etwas gebessert; im Vergleich mit dem Vorjahr war die Arbeitsgelegenheit heuer ungünstiger. Nach den Berichten aus der Industrie ist im Südfertigwarenbereich eine Veränderung in der Betriebslage weber gegen den August dieses Jahres, noch gegen das Vorjahr zu stellen. In den Betriebs- und Industriefabriken ist dem Vorjahr gegenüber eine Verminderung der Beschäftigtenzahl zu erkennen. Nach den Berichten der Arbeitsnachfrage ist es an einzelnen Orten an tückischen Städten, besonders nach auswärtigen Orten; einige Nachweise berichten auch von einer größeren Nachfrage nach Arbeitskräften, die nicht immer voll befriedigt werden konnte; bei der Mehrzahl der Nachweise war jedoch ein Überflug von auswärtenden Bürgern vorhanden. Wie sich die Vermittlungsfähigkeit der Nachweise in den einzelnen Landesgegenden gestaltet, zeigt folgende Auflistung:

Landesgebiete	Bahl der		Softe offene Stelle erzielten Arbeitssuchende
	Arbeitsnachsuchende	offenen Stellen	
Provinz Oberschlesien	27	34	19 0,80
Westpreußen	37	28	25 1,32
Berlin u. Prov. Brandenburg	792	681	646 1,16
Provinz Pommern	25	21	12 1,19
- Bremen	20	28	11 0,71
- Schlesien	72	90	38 0,80
- Sachsen	86	117	76 0,73
- Schleswig-Holst.	13	11	9 1,18
- Hannover	17	27	14 0,62
- Westfalen	36	30	21 1,20
- Hessen-Nassau	41	31	30 1,32
- Rheinland	59	41	18 1,44
Königreich Bayern	147	125	75 1,18
- Sachsen	149	111	111 1,84
- Württemberg	63	103	36 0,61
Großherzogtum Baden	41	47	18 0,88
- Hessen	25	20	12 1,25
Thüring. Staaten, Oldenburg und Braunschweig	29	27	13 1,07
Bremen und Lübeck	11	13	10 0,85
Hamburg	76	59	59 1,30
Elsass-Lothringen	20	23	14 0,87

Den Zahlen ist zu entnehmen, daß in 10 Landesgebieten das Angebot von Arbeit unter dem Gesamtarbeitsmarkt hand und daß — verhältnismäßig — der größte Andrang Arbeitssuchender im Rheinland, im Königreich Sachsen, in Westpreußen und in Hamburg war, während Württemberg, die Provinzen Bremen, Lippe-Preußen, Hannover und Sachsen den geringsten Anteil Arbeitssuchender hatten.

Tiefe die Verhältnisse bei den Krankenlazaretten für Bäder und Konditoreien erhalten, ist folgenden Angaben zu entnehmen. Bei 4 Krankenlazaretten für Bäder waren am 1. Oktober 768 männliche und 788 weibliche verstreutungsfähige Mitglieder (abzüglich der Männer und Weiberneiner). Gegen den Berichtsmonat trat für die männlichen Mitglieder eine Abnahme von 3,6 p. 100 ein; für die weiblichen Mitglieder eine Abnahme von 1,0 p. 100 festgestellt. Bei 171 Krankenlazaretten für Bäder wurden am 1. Oktober 23.166 männliche und 13.667 weibliche Mitglieder gezählt. Gegen den Berichtsmonat ist für beide Geschlechter eine Abnahme festgestellt, und zwar 0,8 p. 100 für männliche und 0,9 p. 100 für weibliche Mitglieder. Eine Veränderung der vorhergegangenen Monate und ein Vergleich mit dem Vorjahr zeigen, daß die Abnahme ziemlich regelmäßig in dieser Berichtsperiode vorkommt; die Abnahme war heuer sogar geringer als im Vorjahr. Besondere Schlussfolgerungen aus den Zahlen sind daher nicht angängig.

Verbandsnachrichten.

Gründung.

Vom 29. Oktober bis 2. November gingen bei der Hauptstelle des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für September: Braunschweig 4.97,10.

Für Oktober und November: Bielefeld 4.90,35.

Für Oldenburg: Landesberg a. d. W. 4.250, Oldenburg 14, Eisenach 34,70, Herford 12,80, Lüneburg 37, Hannover 42,25, Bünde 36, Gütersloh 18,10, Coburg 24,95, Düsseldorf 12,35, Landshut 21,85, Esslingen a. d. Neckar 28,20, Bremen 10,80, Gotha 11,85, Düsseldorf 32,10.

Bonn: Einzelzahlen der Hauptstelle: 2. B. Böhlitz 20,80, S. G. Altenbeken 6,15, S. B. Berlin 6, Jr. A. (im Felde) 8, J. B. Lüsenhain 10,30, P. R. Wismar 16,20.

Für Kriegsfronten an die Hauptstelle: W. H. und Kollegen vom Schiff „Oldenburg“ 4.16.

Für Abonnement und Annoncen: G. (im Felde) 4. Weisenfels — 30, Gotha 15.

Für Geschichte der Bäder- und Konditoreienbewegung: J. Hebel M. 6, Eisenach 3.

Für Protokolle vom Verbandsstag: Waldburg M. 2,50, A. H. (im Felde) — 75, Gotha — 30.

Sterbetafel.

Nürnberg. Eugen Degel, Lebküchler.

Johann Grauf, Bäcker.

Zeitz. Otto Heckert, Bäcker.

Kriegsverluste des Verbandes.

- Bezirk Frankfurt a. M.** Johannes Niehaus (Cassel), infolge Unfall gestorben.
Bezirk Halle a. d. S. Karl Eichhorn (Zeitz), Konditor, gefallen.
Bezirk Mannheim. Joseph Alt (Saarbrücken), in französischer Gefangenschaft am 14. April 1917 gestorben.
Bezirk Nürnberg. Paul Donnath (Nürnberg).
Ehre ihrem Andenken!

Korrespondenzen.**Bäcker.**

Bezirk Nürnberg. (Nachricht verbotet) In der Zeit vom 22. bis 28. Oktober janden in den Gewerksorten des Bezirks Versammlungen statt, in welchen die Kollegen zu dem Gesetzentwurf über Regelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien Stellung nahmen. In allen Versammlungen referierte Kollege Gumpendorfer, welcher den Entwurf einer scharfen Kritik unterzog, ganz besonders bei den Punkten, wo eine Verschlechterung für die Kollegen stand in Frage kommt. Ferner wurden eingehend die Abänderungsvorschläge, wie sie jetzt in unserer Organisation dem Reichstag unterbreitet wurden, behandelt, und auch die Einlage des Germania-Vorsitzenden Deutscher Bäckermeister und die Beisitzer der Süddeutschen Handwerkskammern wurde einer besonderen Kürdigung unterzogen, weil sie die Profiteinfissen der Bäckermeister über alles stellten. Dem Referenten wurde besonderer Beifall gezollt, als er die Forderung auf gänzliche Beiseiterung der Sonntagsarbeit verzerrt und hieran die Bemerkung knüpfte, daß mit einem Handwerk ohne Ehre nachzumachen brauchen, das sich in sechs Tagen nicht erneuern kann. Wenn die Bäckermeister noch einen wirklichen Solidaritätsgefühl besaßen gegenüber ihren Kollegen, die ja über vier Jahre im Kriegsdienst stehen, zum Teil das Gleißgut ganz idealisch haben oder nur geduldig Brothandel treiben —, dann müßte die Forderung auf Sonntagsarbeit vor ihrer Seite selbst erörtert werden. Die Herstellung der Produktion könnte vereilt und leichtenfalls wieder die Erholungsmöglichkeit gegeben werden. Eine Resolution im Sinne des Referenten wurde einstimmig in sämtlichen Versammlungen angenommen. Ferner wurde in allen Versammlungen gefordert, daß besonders der Arbeitsschicht des Berufes ein maßgebendes Schichtbestimmungsgesetz eingerichtet wird.

In Würzburg fand die Versammlung am 22. Oktober im „Felsen“ statt. Sie trug einen guten Erfolg auf, wobei auch der Bevölkerung eröffnet wurde, daß die alten Kollegen in voller Zahl erschienen waren und besonders regen Anteil an den gesammelten Fragen nahmen. In dieser Versammlung wurde auch noch über die jetzt neu eingeführte Sozial- und der Verbundteilung befandene Anerkennung für ihr leistungsfähiges Eingreifen gejedt. Der Referent forderte nun jüngeren Bericht, daß die alten Bäckermeister die Zustimmung zwar genehmigt, aber bis zum Tage der Versammlung die Ausschaltung voraussetzen und erst die Angestellten teilnehmen in die Hand nehmen, als durch die Tagesschreibe die Versammlung mit der Rechtsverfechtung beauftragt wurde. Von der Versammlung waren einstimmig beschlossen, sich sozialpolitisch an den Vertretern des Einigungsausschusses zu wenden und zugesetzt gegen alle Gerichtshofsbescheide vorzugehen, die den Bäckergewerken Lohnes der Gehilfen vorenthalten. Das Ergebnis der Versammlung war, daß alle Richtergerichtshöfe dem Verboten folgerten sind.

In Erfurt fand die Versammlung am 23. Oktober im „Sofi“ am 24. Oktober in Battenberg am 25. Oktober, die trafen einen sehr guten Erfolg auf, was zum Teil auf die Bäckermeister zurückzuführen ist, zum Teil darauf, daß im letzten Jahre eine ganz enorme Leistungserhöhung gezeigt wird. Nicht zuletzt aber auch auf die Gleichmäßigkeit, die jetzt den übrgenden Kollegen an den Tag gelegt wurde. Es ist zuerst, daß diese Kollegen entlastet und kein Arbeitseinsatz erfordert, um die Organisation weiter auszuführen. Es genügt nämlich nicht, wenn die Bäckermeister nur in singulären Sünden liegen, während sie eben die Hände in die Tasche stecken und sich um nichts kümmern; sollte hier eine Prüfung nicht eintreten, kann manche einzelne ein wütendes Wort präsentieren müssen.

Im Magdeburg trug die Versammlung trotz herbstlichen einen sehr guten Erfolg auf. Nachstehende genauer besondere Bericht verriet, daß eine Reihe von Bäckereien es immer bestimmt hat, die gewissen Traurungszeiten bei der Ausweitung angemeldet werden und den Bäckern kann im Falle der Kriegsgefangenbefreiungen entsprechend in der Ausschaltung des Konditors des erlaubt. Es wurde daher befürchtet, diesen Angaben in Zukunft mehr Ausdruck zu lassen und rücksichtslos gegen solche Bäckermeister vorzugehen. Die auf diese Weise das Fachleute noch verstehen.

Am 27. Oktober fand dann noch eine Frauenversammlung statt, zu der besonders die Kriegsfrauen und die Kolleginnen der Bäckereien erschienen waren. Neben der Erörterung der unterschiedlichen Arten der Arbeitsteilung in den Bäckereien wurde zu der Angelegenheit einer gesetzlichen Beschränkung der im Kriegsministerium befindlichen Kolleginnen sowie der in der Kriegsministerie befindlichen Kolleginnen zusammen und die Weiterleitung von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft befandet. Die Frauen erkannten hier einen besonderen Interesse. Es wurde darüber entschieden, daß in allen Fragen vertrautesten mit der Arbeitsteilung zu handeln.

Am 28. Oktober fand eine Versammlung statt, die ebenfalls einen sehr guten Erfolg aufwies. Es wurde eine neue Beurungsablagenbewegung befürwortet, nachdem die Bäckermeister zur Angelegenheit keine Bedeutung genommen haben und nicht abgeneigt sind, in dieser Frage einzutreten. Obwohl ihnen die Partei in diesem Landen zu sehr bestrebt ist, die Befreiungen zum 1. November aufzuhören, so kann doch die Befreiungen zum 1. November bestrebt werden.

sichlück gebracht werden. Die Kollegenschaft hat in letzter Zeit eingesehen, daß ohne die Organisation nichts zu machen ist, und sie schloß sich deshalb dem Verbande an.

*
Frankfurt a. M. Eine gewünschte Versammlung der Bäcker und Konditoren tagte am 3. November im Gewerkschaftshaus. Nach einem Referat des Kollegen Klemm über die wirtschaftliche Lage in unserm Gewerbe während des Krieges und in Zukunft wurde folgende Entschließung angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt, daß trotz dauerndem Mangel an Arbeitskräften im Berufe und unerbittlicher Steuerung aller Lebens- und Verdienstmittel die bisher gewährten Lohnzulagen gänzlich unzureichend sind und um 50% gegenwärtig anderer Verzerrungen zurückbleiben. Die Folge davon ist, daß gute Arbeitskräfte dem Gewerbe verloren gehen. Den dadurch vermehrten Arbeitermangel sucht die Arbeitgeberseite weitzutunen durch immer höhere Ansprüche an die Produktivität des einzelnen. Dieses, in Verbindung mit den ungünstigen Löhnen, hat Erhöhnungen gezeigt, die vor dem Kriege unbekannt waren (Akkordlohn und übermäßig lange Arbeitszeit) und den ehrlichen Grundsätzen der Organisation zuwiderlaufen. Die Versammlung ruft die gesamte Kollegenschaft auf zur Einhaltung der tariflichen Arbeitszeit und Erzielung eines höheren regulären Lohnes. Da dieses nur durch gemeinsames Handeln innerhalb der Organisation möglich ist, verpflichtet die Versammlung jedes Mitglied zur eifrigsten Stärkung der Organisation.“ Gedann berichtete die Verhandlungskommission über die Verhandlung mit den Brotauftrantien und Großbetrieben. Die Versammlungen nehmen zwar die gebotene Aufmerksamkeit an, können aber auf ihre weitergehenden Ansprüche nicht verzichten und ersuchen um weitere Verhandlungen. Die Brotauftrantien erklärten sich bereit, unter Weißfahne der bisherigen Zulagen 70% bei Steuerungszulagen auf die tariflichen Mindestlöhne zu gestalten; wo die Kollegen dadurch keine Aufbesserung erfahren, treten möglichst weitere 5% Zulagen auf die bisherigen Löhne.

Wann auch die Aufbesserung M. 14 bis M. 15 pro Woche betrifft gegenüber den bisher gänzlich ungünstigen Löhnen, so entsprechen sie immer nicht den Steigerungen der Lebensmittel. Acht Kollegen traten dem Verbande bei; damit ist unsere Frage in Nr. 44 erledigt.

Leipzig. (Nachricht verbotet) Die am 29. Oktober im Gewerkschaftshaus stattgefandene Versammlung der Bäckergesellen Leipzig beschloß sich mit dem Entwurf des Wehrdienstverbots. Bezirksleiter Rüdzau, Kiel, führte aus, daß wir schon in früheren Jahren uns mit der Abschaffung der Pflichtarbeit beschäftigt haben, weil sie ist die Bäckereiarbeiter in ihrer geistigen und körperlichen Gesundheit schweren Schädigungen ausgesetzt waren, und schilderte dann den gegenwärtigen Stand der Frage. Die bekannte Resolution fand einstimmige Annahme.

Sozialpolitisches.

Rückgang der Beschäftigten in der Kriegszeit. Das Kaiserlich Statistische Amt hat für 3 Sichtzeiten, den 1. Juli 1914, 1915 und 1916, die Mitgliederzahl aller Krankenanstalten festgestellt, die regelmäßig an das Reichsarbeitsamt berichten. Diese Zahlen sind mit denen vom 1. Juli 1917 und 1918 in Vergleich gebracht worden, um den Einfluss des Krieges auf die Beschäftigungszahl verfolgen zu können. — Die Gesamtentwicklung zeigt sich in einzelnen aus einer seitigen Verminderung der männlichen Beschäftigten und einer seit 1915 festzuwendenden Zunahme der weiblichen Beschäftigten zusammen.

Bei den 5150 Kassen, für die ein Vergleich zwischen 1914, 1917 und 1918 durchgeführt worden ist, gestaltete sich die Entwicklung getrennt nach dem Geschlecht folgendermaßen:

Branche ...	Zahl der Beschäftigten	
... männlich	weiblich	
1. Juli 1914.....	6 473 392	3 466 731
1. " 1917.....	3 888 163	4 014 977
1. " 1918.....	3 874 698	4 050 189

Es hat also bei den Männern in der Zeit von 1914 auf 1917 eine Abnahme um 39,9% v. H., bis 1918 eine Abnahme von 40,1% v. H. stattgefunden, während bei den Frauen und Mädchen von 1914 bis 1917 eine Steigerung der Anzahl um 15,8 und bis zum 1. Juli 1918 um 16,8% v. H. eingetreten ist.

— Eine Übersicht über die verschiedene Gestaltung für die einzelnen Berufe, die auf Grund von Nachweisungen von 2238 Betriebs- und 522 besonderen Orts- und Innungsfrankenstein geboten wird, ergibt für die Zeit vom 1. Juli 1914 bis 1918 für die männlichen Mitglieder eine Zunahme lediglich in der chemischen Industrie, alle anderen Betriebszweige wiesen Rückgänge um 16,8 bis 68,8% v. H. auf, bei den Innungskassen beträgt der Rückgang bei den

Schmieden und Schlossern	38,9 v. H.
Schuhmacher	54,0 "
Bäckern	55,3 "
Barbiere	58,2 "
Tischler	63,5 "
Baugewerbe	68,9 "
Fleischer	69,0 "
Schneider	69,6 "

Der Rückgang in der Zahl der beschäftigten männlichen Hälfte steht eine Zunahme in der Zahl der weiblichen gegenüber, jedoch mit Ausnahme der Nahrungsmittel und Bekleidungsindustrie. In der Nahrungsmittelindustrie ist dieser Rückgang am schärfsten; er betrug in der Fleischerei 55,5, in der Bäckerei sogar 52,3 v. H.

Zu diesen Zahlen, die wir einer Korrespondenz entnehmen, ist zu bemerken: Der Rückgang der weiblichen Beschäftigten in der Bäckerei kann sich natürlich nur auf das Verkaufspersonal beziehen, da bekanntlich im Bäckereibetrieb selbst eine starke Zunahme der Beschäftigung von weiblichen Kräften in den letzten Jahren eintrat.

Eingegangene Bäcker und Schriften.
 Der „Vorwärts-Kalender“ 1919 ist erschienen und kommt bereits seinen Weg in die Wohnung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Stadt und Land. Der

Inhalt dieses sozialdemokratischen Abreißkalenders weist die gewohnte Vielseitigkeit auf. Ernst Prengel schöpft abermals aus der reichen Ausgrube der Arbeiterbewegung, und was seine glückliche Hand an Erdenungsvollen Aufschriften, statthafte Angaben über die Arbeiterorganisationen, wirtschaftlichen und politischen Daten, an Gedichten, Sprüchen und dergleichen der Vergangenheit entleiht, ist wohl wert, von jedem Arbeiter gelesen und beachtet zu werden. Müsse auch das gewohnte symbolische Bild der Rückwand der Not der Zeit zum Opfer fallen, so ist doch die ansprecherische Ausbildung eine solche, daß der Kalender jeder Arbeit Wohnung zur Ritter gereicht. Die Größe des Abreißkalenders sowohl als auch der Tagesziffern ist unverändert, die Gestaltung der Blätter einwandfrei. Zu bezeichnen ist der Kalender für 1919 durch jede Parteibuchhandlung oder direkt von der „Vorwärts“-Druckerei, Berlin SW 69, Lindenstraße 3. Interessanter wollen den Kalender recht bald bestellen, da die Auflage auch in diesem Jahre vorzeitig vergriffen sein dürfte.

Achtung!

Alle für Nr. 47 unseres Organs bestimmten Einsendungen müssen bis des Bußtages wegen Sonnabend, 16. November, morgens, in unserm Händen sein.
 Die Redaktion.

Spätestens am 16. November
ist der 47. Wochenbeitrag für 1918
(17. bis 23. November) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Donnerstag, 21. November:

Halle a. d. S.: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Hatz 42/44.

Sonntag, 24. November:

Florian: 2 Uhr, „Deutsches Haus“. — Müstringen-Mühlendörfer: Bei Büddenberg, Müstringen I, Peterstr. 86. — Saarbrücken: 5 Uhr, Bleichstr. 6.

Anzeigen.**Unnungskrankenkasse der Bäcker-Zwangs-Union in Berlin.**

Am Donnerstag, 28. November, abends 6½ Uhr, findet in den „Germania-Häusern“, Berlin, Chausseestr. 110, eine **Ordentliche Ausschüttung** statt.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden. 2. Feststellung des Voranschlages pro 1918. 3. Wahl des Rechnungsausschusses zur Prüfung der Rechnungen pro 1918. 4. Satzungsänderungen. 5. Verschiedenes. [M. 1,50]

Wo zu mit der Bitte um pünktliches Erscheinen ergebenst einladet.

W. Hahn, Vorsitzender.

Nachruf.

Am 31. Oktober starb plötzlich und unerwartet unser braver Kollege und Freund, der Militärärzt

Johannes Niehaus.

Er war stets ein treuer, ehrlicher Freund, den wir nie vergessen können.

Seine Kollegen

Born, Henrich, Stephan und Möhn
 in einer Etappenhilfsbäckerei-Kolonne.

Nachruf.

Erst nach langer Zeit wurde uns bekannt, daß unser Mitglied

Joseph Alt

geboren zu Augsburg, schon am 14. April 1917 in französischer Gefangenschaft gestorben ist.

Erlebe seinem Andenken!

[M. 3,90] **Die Zahltelle Saarbrücken.**

Sirichhornfals

(Marie O.)
 von allerhöchster Bäckerkraft, ließt rasch, jedoch nur an Selbstverbraucher
B. Maimsheimer, Ludwigshafen a. Rh.
 Telefon 1619.

Ia. Holz-Streumehl

a. Bentzer M. 17 mit Untersatz, bei 10 Bentzern à Bentzer M. 16 inklusive Sac. bei 100 Bentzern à Bentzer M. 14 inklusive Sac. ob Station Leipzig empfehlen

Liebing & Co., m. b. H.
 [M. 8] Leipzig-M. 5, Kohlmarkt 8. Tel. 2290.